

# Familienpolitik

## 1. Familien heute

Ehe und Familie sind zentrale Fundamente unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir fest: die Lebenswirklichkeiten in der deutschen Gesellschaft haben sich tief greifend verändert, auch wenn die Familie die attraktivste Lebensform geblieben ist. Nach wie vor geben bei Umfragen mehr als 80 Prozent aller jungen Menschen in Deutschland an, dass sie eine Familie gründen wollen. Im Schnitt wünschen sie sich 2,2 Kinder. Tatsächlich aber haben Frauen in Deutschland durchschnittlich nur 1,39 Kinder (2010). In Deutschland werden heute deutlich weniger Kinder geboren als in den meisten anderen europäischen Ländern. Im europäischen Vergleich zählt Deutschland weiter zu den Schlusslichtern, obwohl 2010 die Deutschen 13.000 Kinder mehr als 2009 zur Welt gebracht haben. Dabei bekamen mehr Frauen ein zweites oder drittes Kind.

Die Ursachen für die Lücke zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Geburtenzahl sind vielfältig. Nach einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Allensbach führen Kinderlose als Gründe gegen eigene Kinder die Angst vor finanziellen Belastungen, das Gefühl für Kinder noch zu jung zu sein, die Unvereinbarkeit mit den eigenen Karriereplänen, das Fehlen einer stabilen Partnerschaft und das Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Freiräumen an. Wie die Studie zeigt, bleibt Frauen hierzulande häufig wenig Zeit, um Kinder zu bekommen: 85 Prozent der Befragten wollen zuerst die Ausbildung abschließen und einige Jahre Berufserfahrungen sammeln, bevor sie eine Familiengründung in Erwägung ziehen. Durch die langen Ausbildungszeiten beschäftigen sich die meisten Paare mit der Frage nach dem Nachwuchs erst, wenn sie älter als 30 Jahre sind. Doch schon mit Anfang bis Mitte 30 – auch das ergab die Befragung des Allensbach-Instituts – nimmt der Kinderwunsch stark ab.

Die individuellen Gründe für den fehlenden Nachwuchs können nicht immer eindeutig bestimmt werden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen stehen dagegen heute schon fest: Der dramatische Rückgang der Kinderzahlen und die stetig steigende Lebenserwartung führen dazu, dass unsere Gesellschaft schnell altert und langfristig die Bevölkerungszahl

schrumpft. Damit nimmt die Zahl der potentiellen Eltern ab. Das Durchschnittsalter wird in Deutschland von heute 40 auf etwa 50 Jahre in 2050 steigen. Es ist also abzusehen, dass die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft in eine Schieflage geraten werden, weil immer weniger Werktätige immer mehr alte Menschen versorgen müssen. Auch der Wirtschaft werden die jungen Arbeitskräfte ausgehen, Risikobereitschaft und Innovationsfreude werden zurückgehen. Ganz abgesehen davon, dass eine Gesellschaft ohne Kinderlachen und ohne jugendliche Neugier wenig erstrebenswert erscheint, denn Kinder sind eine Bereicherung der Gesellschaft. Kinder bedeuten Zukunft.

Stark angestiegen ist die Zahl der allein erziehenden Eltern, insbesondere der unverheirateten Alleinerziehenden. Jede dritte Ehe wird geschieden und in 55 Prozent der Scheidungen sind minderjährige Kinder betroffen. Zunehmend entstehen neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen mit komplexen Verwandtschafts- und Beziehungsverhältnissen.

Die von der Arbeitswelt geforderte Flexibilität und Mobilität führt dazu, dass Familien nicht mehr in einem engen Netz von Verwandtschaftsbeziehungen leben. Ebenso hat sich die Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Ehe und Familie verändert. Junge Menschen verstehen Partnerschaft heute so, dass sie in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen wollen. Männer wollen sich stärker um ihre Rolle als Väter kümmern. Frauen wollen immer mehr nicht einseitig auf die Rolle der Mutter und Ehefrau festgelegt sein, sondern Beruf und Familie vereinbaren. Gewandelt haben sich auch die Erziehungskonzepte von Eltern und die Ausprägung der Eltern-Kind-Beziehung.

Die Lebensstile der Menschen sind außerordentlich vielfältig geworden. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer teilweise oder vorübergehend ganz auf Erwerbsarbeit verzichtet, um Familienarbeit zu leisten und Kinder zu erziehen, dem fehlen Beitragszeiten in der Alterssicherung.

## **2. Familie ist wichtigste Verantwortungsgemeinschaft**

Familie ist mehr als die Erziehung kleiner Kinder. Familie erstreckt sich über die Generationen. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Männer und Frauen partnerschaftlich füreinander und als Väter und Mütter für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deshalb ist der besondere Schutz, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet.

Die Familie ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. In der Familie wachsen Kinder auf, in ihr werden Alte behütet. Familie bietet heute mehr Rückhalt als früher. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider. Familie ist kein Auslaufmodell, im Gegenteil: im Zeitalter der Globalisierung ist sie heute wichtiger denn je. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kindern geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Die Erziehungsleistung der Familien kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien im umfassenden Sinne staatlich zu fördern.

### **3. Familienpolitik als Familienvorrangpolitik**

Die CDU versteht Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung der Familie eine wesentliche, aber nicht die alleinige Rolle. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangige Aufgabe und Leistung der Eltern. Diese Verantwortung kann niemals durch den Staat alleine übernommen werden. Unser Verständnis vom Menschen – auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – bedeutet deshalb immer ein gegenseitiges Geflecht von Erwartungen des Einzelnen an die Gesellschaft und der Gesellschaft an den Einzelnen.

Kindern fordern ihre Eltern und das zu Recht. Die Entscheidung für Kinder bedeutet, dass Eltern Zeit, Liebe und Zuwendung für ihre Kinder aufbringen. Diese Grundeinstellung spiegelt sich deshalb auch in den Eckpunkten unserer Politik für Familien, Eltern und Kinder wider. Wenn es um die finanzielle Förderung von Familien geht, wird immer gelten:

Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen. Er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Euro und Cent aufgewogen werden kann.

Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen sind nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Förderung. Grundsätzlich gilt: Die Förderung von Familien muss sicherstellen, dass die Entscheidung für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.

Den entscheidenden Schritt in eine zeitgemäße Familienförderung machen wir mit unserem Konzept zur Familienpolitik, das auf drei Säulen beruht:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Finanzielle Entlastung für Familien
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

### **3.1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mehr Chancen für Familien**

Wer heute eine Familie gründet, will selbst bestimmen, wie er sein Leben mit Kindern gestaltet. Kind oder Beruf bzw. Kind und Beruf – alle Modelle müssen heute möglich sein und von der Gesellschaft anerkannt werden. Eltern wollen und sollen selbst entscheiden, ob und wie sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder Betreuungsangebote, z.B. von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten, Horten bis hin zur Ganztagschule nutzen wollen. Hauswirtschaftliche Dienstleistungszentren oder sozialversicherungspflichtig beschäftigte Haushaltshilfen können ebenso eine individuelle Lösung sein. Deshalb wollen wir zu mehr regulären Arbeitsplätzen im Privathaushalt kommen.

Viele Frauen wünschen sich heute, Kinder und Beruf miteinander vereinbaren zu können – und viele Männer wollen (und sollen) sich stärker in die Erziehung ihrer Kinder einbringen. Wer Kind und Karriere unter einen Hut bringen will, benötigt einen familienfreundlichen Arbeitsplatz und ein deutlich verbessertes Betreuungsangebot für Kinder.

Vor die Frage gestellt, ob wir in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die jobgerechte Familie oder den familiengerechten Job wollen, fällt die Entscheidung nicht schwer. Wir müssen Mittel und Wege finden, unser Arbeitsleben familienfreundlicher zu organisieren. Die Behauptung, dies sei unmöglich, ist von der Erfahrung widerlegt. Es gibt bereits viele Unternehmen, die mit flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitsformen, mit Hilfen bei der Kinderbetreuung ihre Mitarbeiter unterstützen. Sie machen die Erfahrung, dass sich der Einsatz familienfreundlicher Maßnahmen rechnet. Denn die Mitarbeiter entwickeln eine enge und positive Bindung zum Unternehmen, die Identifikation mit dem Unternehmen ist hoch, der Krankenstand wird deutlich gesenkt und die Produktivität der Mitarbeiter ist außergewöhnlich hoch. Familienfreundlichkeit nützt also beiden Seiten.

### **3.1.1. Familienfreundliche Arbeitswelt**

Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, die Müttern und Vätern bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit bietet, verbesserte Möglichkeiten schafft, Kontakt zum Erwerbsleben zu halten und einen reibungslosen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit nach einer Familienzeit ermöglicht. Tarifverträge oder betriebsinterne Vereinbarungen sollen so gestaltet sein, dass sie Eltern die Ausübung ihres Berufes erleichtern bzw. ermöglichen. Hier sind eine Reihe von konkreten Maßnahmen erforderlich. Wir befürworten die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung bei Kindererziehung und Pflege naher Angehöriger, damit Väter und Mütter gleichermaßen die Familie mit dem Berufsleben verbinden können.

Mitmachen müssen auch die Unternehmen. Unsere Wirtschaft braucht nicht nur qualifizierten Arbeitskräftenachwuchs, sie braucht auch die Leistung der Familien, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir müssen die Unternehmen überzeugen, dass sich Familienfreundlichkeit lohnt – für Familien und Arbeitgeber. Wir setzen uns bei der Wirtschaft, den Verbänden und den Gewerkschaften für familienfreundliche Arbeitsplätze ein. Wir wollen

- mehr Flexibilität am Arbeitsplatz
- flexiblere Arbeitszeitmodelle
- mehr Teilzeitarbeit für Mütter und Väter/Telearbeit
- den beruflichen Wiedereinstieg für Mütter und Väter verbessern

- mehr Flexibilität für Mütter und Väter bei der Inanspruchnahme der Elternzeit
- gleiche Chancen für Frauen im Beruf.

Am 5. Juli 2006 wurde zur Verwirklichung einer familienfreundlichen Arbeitswelt das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ gegründet. Rund 3400 Unternehmen haben sich seither angeschlossen und zeigen positive Beispiele für eine familienbewusste Arbeitswelt. Mehr als 650 „Lokale Bündnisse für Familien“ setzen in allen Bundesländern wichtige Impulse für familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

Im Oktober 2006 haben sich die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und die damalige Bundesfamilienministerin, Dr. Ursula von der Leyen, mit Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften auf gemeinsame Grundsätze und neue Wege zu einer „familienbewussten Arbeitswelt“ verständigt. Im Februar 2011 fand ein Spitzengespräch mit Vertretern der Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Rahmen der Initiative "Familienbewusste Arbeitszeiten" statt, die Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) im Herbst 2010 gestartet hat. Ziel der gemeinsamen Initiative ist es, Arbeitgeber zu motivieren und dabei zu unterstützen, mehr flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten, die Müttern mehr Karrierechancen und Vätern mehr Familienzeit ermöglichen. Mit der „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“, die im Rahmen der Veranstaltung unterzeichnet wurde, bekennen sich Politik und Wirtschaft zu einer modernen Zeitpolitik und verpflichten sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Engagement für familienbewusste Arbeitszeiten als Instrument für eine bessere Vereinbarkeit und zur Fachkräftesicherung.

Nach wie vor bestehen der Teilzeitananspruch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie der Anspruch auf eine dreijährige Elternzeit. Mit der Großelternzeit hat die CDU-geführte Bundesregierung die Möglichkeit für junge Mütter geschaffen, ihre begonnene Ausbildung zu beenden.

Frauen, die familienbedingt mehr als drei Jahre ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, werden mit einem Programm „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundesfamilienministeriums und der Bundesagentur für Arbeit dabei unterstützt, ins Berufsleben zurückzukehren.

Im **Koalitionsvertrag** für 2009 bis 2013 haben wir uns für eine familienbewusste Arbeitszeit eingesetzt: *„Wir wollen familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur sowie eine familiengerechte Arbeitswelt schaffen, die eine Entscheidung für Kinder durch echte Wahlfreiheit ermöglicht. Wir setzen uns für familienfreundliche und flexible Arbeitszeitmodelle und „Sabbaticals“, d. h. eine Auszeit vom Beruf ein, damit sich Menschen Zeit für wichtige persönliche Dinge wie die Familie nehmen können. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem festen Bestandteil einer modernen und nachhaltigen Personalpolitik in den Unternehmen zu machen, werden wir die bisherige Initiative zu einer großen Kampagne erweitern. Genauso wollen wir auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung erreichen.“* .... *„Um den Familien die Chance zu geben, Erwerbstätigkeit und die Unterstützung der pflegebedürftigen Angehörigen besser in Einklang zu bringen, wollen wir mit der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst bei Pflege- und Arbeitszeit verbesserte Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf entwickeln.“*

### **3.1.2. Kinderbetreuung**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gute Kinderbetreuung und die frühe Förderung von Kindern gehören zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben. Für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. Euro zur Verfügung mit Erfolg: die Betreuungsquote ist von 13 Prozent (2006) auf 23 Prozent in 2010 gestiegen. Das Kinderbetreuungsangebot für unter Dreijährige wird in den kommenden Jahren massiv ausgebaut. Bis 2013 sollen für Kinder unter drei Jahren insgesamt 750.000 Plätze in der Kindertagespflege oder in Krippen zur Verfügung stehen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Darüber hinaus haben wir uns im **Koalitionsvertrag** darauf verständigt, *„die Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen. Deshalb soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.“*

Seit 1996 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre. Seitdem ist die Betreuungsquote der Kinder von 3 bis 6 Jahre kontinuierlich gestiegen mit dem Ergebnis, dass wir heute eine Vollversorgung haben. Doch sind aus Elternsicht die

Gruppengröße und die Öffnungszeiten keineswegs zufriedenstellend. Eltern klagen über eine zu geringe Zahl von Betreuungsplätzen im Ganztagsbereich und über für Berufstätige – auch Teilzeitbeschäftigte – völlig ungeeignete Öffnungszeiten.

Durch ganztägige Angebote wird es Eltern leichter gemacht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Deshalb setzen wir uns für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagskindergärten und Ganztagschulen ein.

### 3.2. Finanzielle Entlastung für Familien

Familien leisten die wichtigste Arbeit in einer Gesellschaft: Sie erziehen die Kinder und sorgen somit heute für den Fortbestand und das Funktionieren unserer Gesellschaft in der Zukunft. Diese Arbeit wird honoriert – Eltern werden finanziell entlastet.

- Seit 2007 wird ein einkommensunabhängiges Elterngeld gezahlt. Das **Elterngeld** sichert Eltern nach der Geburt eines Kindes bis zu vierzehn Monate lang finanziell ab; das halbierte Elterngeld auf Wunsch auch bis zu 28 Monate. Es beträgt zwei Drittel des Nettoeinkommens. Geringverdiener und Nichterwerbstätige erhalten ein Mindestelterngeld von 300 Euro. Die Union hat die Partnermonate 12+2- Lösung und die Ausdehnung des Geschwisterbonus bei Geburten in kurzer Folge auf 36 Monate durchgesetzt.
- Der **Kinderzuschlag** für gering verdienende Eltern ist ausgeweitet worden: Mehr Eltern als zuvor erhalten den Kinderzuschlag. Eltern mit geringen Einkommen können zukünftig zeitlich unbegrenzt den **Kinderzuschlag** erhalten. Bisher war die Bezugsdauer auf 36 Monate begrenzt. Mit der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags durch die Senkung der Mindesteinkommensgrenze (Paarhaushalte 900 Euro und Alleinerziehende 600 Euro) wurde ab Oktober 2008 106.000 Familien mit rund 250.000 Kindern (davor 100.000 Kindern) geholfen.
- Alle Familien können **Kinderbetreuungskosten** seit 2006 steuerlich stärker geltend machen: Erwerbstätige Eltern und Alleinerziehende können für jedes Kind bis 14 Jahre zwei Drittel der Betreuungskosten bis max. 4.000 Euro jährlich von der Steuer

absetzen; alle anderen Eltern für ihre Kinder von 3 bis 6 Jahren ebenfalls bis zu 4.000 Euro pro Kind und Jahr.

- Haushaltsnahe Dienstleistungen und private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt werden stärker als bislang steuerlich gefördert.
- Die Kinderzulage in der „Riester-Rente“ für die ab 1.1.2008 geborenen Kinder wurde von 185 Euro auf 300 Euro jährlich erhöht.
- Zu Jahresbeginn 2009 ist das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 10 Euro, für dritte und weitere Kinder um jeweils 16 Euro pro Monat erhöht worden. Die christlich-liberale Koalition hat diese Entlastungen für Familien fortgesetzt: Zum Januar 2010 ist das Kindergeld für jedes Kind um weitere 20 Euro monatlich erhöht. Eltern bekommen monatlich für das erste und zweite Kind je 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und weitere Kinder 215 Euro.
- Auch die steuerlichen Kinderfreibeträge wurden zum Jahresbeginn 2009 um 216 Euro auf 6.024 Euro und unter der christlich-liberalen Koalition zum Januar 2010 von 6.024 Euro auf 7.008 Euro pro Kind angehoben.
- Alleinerziehende stehen sich heute besser: der Unterhaltsvorschuss wurde zum 1.1.2010 angehoben: für Kinder im Alter von bis zu 5 Jahren von 117 auf 133 Euro und für Kinder von 6 bis 11 Jahren von 158 auf 180 Euro.
- Für 2009 wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes II ein einmaliger Kinderbonus von 100 Euro pro Kind gezahlt.
- Schüler von einkommenschwachen Eltern erhalten bis zur 13. Klasse jeweils zum Schuljahresbeginn eine zusätzliche Leistung für Schulbedarf in Höhe von 100 Euro.
- Mit dem Bildungspaket für bedürftige Kinder werden die Chancen der Kinder von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern erheblich verbessert. 2,5 Millionen Kinder können in Zukunft ein warmes Mittagessen in Kita, Schule und Hort sowie Nachhilfe oder Freizeitaktivitäten erhalten.

Darüber hinaus haben wir uns im **Koalitionsvertrag** folgende Ziele gesetzt:

- *„Wir wollen eine Weiterentwicklung, Flexibilität und Entbürokratisierung des Elterngeldes, gerade auch im Hinblick auf die Einkommensermittlung. Die Partnermonate sollen gestärkt und ein Teilelterngeld bis zu 28 Monaten eingeführt werden.“*

- *Wir werden prüfen, ob die von den Familienkassen durchgeführte Auszahlung des Kindergeldes einer anderen Stelle übertragen werden kann. Darüber hinaus wird geprüft, ob weitere steuerfinanzierte familienpolitische Leistungen zusammengefasst werden können.*
- *Wir werden ein schlüssiges und verständliches Konzept der steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Familien und Kinder im Haushalt vorlegen.*
- *Wir werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten prüfen, wie wir die familienpolitischen Komponenten stärken und deshalb Erziehungsleistungen in der Alterssicherung noch besser berücksichtigen können.“*

### **3.3. Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern**

Eltern übernehmen mit der Erziehungsaufgabe eine große Verantwortung. Zugleich leisten sie einen außerordentlichen Beitrag für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Kinder lernen in der Familie Werte, Verhaltensweisen, Fähigkeiten und Kulturtechniken, die für ein gelingendes Miteinander in und außerhalb der Familie wichtig sind. Feste und verlässliche Familienbindungen sind eine gute Basis dafür, dass Kinder das notwendige Selbstwertgefühl und Vertrauen in die Zukunft entwickeln.

Die Aufgabe von Eltern, Kinder für ihr Leben in der heutigen und morgigen Gesellschaft gut zu rüsten, stellt eine große Herausforderung dar. Der rasche gesellschaftliche Wandel, immer komplexer werdende Lebens- und Familienverhältnisse und die unterschiedlichen Wertvorstellungen konfrontieren Eltern mit neuen Problemen, die vielfältige Anforderungen an ihre Erziehungsfähigkeit stellen. Alte überlieferte Erziehungskonzepte helfen nicht mehr. Eltern fragen sich, welche der vielen neuen pädagogischen Konzepte sich bewähren. Gleichwohl sind die Ansprüche an das partnerschaftliche Zusammenleben und an die Erziehung gestiegen. Junge Menschen werden angesichts dieser Entwicklung viel zu wenig auf ihre Rolle als Eltern und auf die Aufgaben in der Partnerschaft und der Familie vorbereitet. In Fragen des Zusammenlebens, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltsführung und der sinnvollen Freizeitgestaltung reagieren Eltern zunehmend verunsichert. Erwünschte und unerwünschte Miterzieher aus den Medien haben an Einfluss gewonnen.

### 3.3.1. Eltern stärken – Kinder schützen

Wir wollen Eltern stärken, ihnen im Umgang mit ihren Kindern Sicherheit geben, ihnen klare Orientierungshilfen für die Erziehung und die dafür geeigneten Wege und Mittel bieten. Familienpolitik muss frühzeitig beginnen, stärker präventiv sein und in zahlreichen Bereichen ansetzen. Alle Eltern müssen erreicht werden – nicht nur die bildungsgewohnten Eltern. Erforderlich sind frühzeitige Informationen zu Fragen der Partnerschaft und Erziehung. Familien benötigen Unterstützung in Umbruchphasen wie z. B. bei der Geburt des ersten Kindes, bei der Einschulung, bei einem Schulwechsel oder in Krisensituationen, wie Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung.

Für überforderte Eltern haben wir das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ aufgelegt. Mit diesem Bundesprogramm soll der Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern wirksam vorgebeugt werden. Noch 2007 nahm dazu das „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“ seine Arbeit auf. Dieses breit angelegte Programm beinhaltet ein umfangreiches Maßnahmenpaket, dessen Spannbreite von primärpräventiven Maßnahmen der Information, Aufklärung und Förderung bis hin zu Interventionen zum Schutz gefährdeter Kinder reicht. Mit dem Kinderschutzgesetz, das im März 2011 auf den Weg gebracht wurde, wird der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Misshandlung und Vernachlässigung mit präventiven Angeboten z.B. in der Elternbildung, für Familienhebammen und auch im Gesundheitswesen deutlich verbessert.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat das Thema „Gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ unter Einbeziehung aller Altersgruppen und verschiedener Institutionen sowie der Länder stärker aufgegriffen. Das betrifft insbesondere auch die Verantwortung der Wirtschaft gegenüber Kindern und Jugendlichen in der Werbung.

Wir wollen den Kampf gegen Kinderpornografie im Internet fortsetzen. *Die Koalitionspartner „sind sich darüber einig, dass es notwendig ist, derartige kriminelle Angebote schnellstmöglich zu löschen statt diese zu sperren. Wir werden daher zunächst für ein Jahr kinderpornografische Inhalte auf der Grundlage des Zugangerschwerungsgesetzes nicht sperren. Stattdessen werden die Polizeibehörden in enger Zusammenarbeit mit den Selbstregulierungskräften der Internetwirtschaft wie der deutschen Internetbeschwerdestelle sowie dem Providernetzwerk INHOPE die Löschung kinderpornografischer Seiten betreiben.“*

### **3.3.2. Qualität in Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindertagespflege**

Die Erzieherinnen und Erzieher in Kinderbetreuungseinrichtungen sind Partner der Eltern. Sie können Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen, weil sie Verhaltensauffälligkeiten oft früher erkennen als die Eltern. Gespräche mit den Eltern erfordern Zeit, die die Erzieher heute oft nicht haben. Deshalb muss die pädagogische Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen durch eine Reform der Erzieherausbildung und durch berufsbegleitende Fortbildungsangebote verbessert werden.

Es muss durch pädagogische Maßnahmen sichergestellt werden, dass alle Kinder bei Schuleintritt über die notwendige Schulreife verfügen. Deshalb wollen wir den Kindergartenbesuch langfristig beitragsfrei ermöglichen und für das letzte Jahr verpflichtend machen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.

Im **Koalitionsvertrag** haben wir uns das Ziel gesetzt: *„Wir wollen in der Kinderbetreuung weitere Maßnahmen für einen verbesserten qualitativen und quantitativen flexiblen Ausbau bei Trägervielfalt auch unter Einbeziehung von Tagespflege ergreifen und die Vernetzung mit anderen familienunterstützenden Angeboten im Sinne von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern intensivieren. Dazu gehört die Qualifikation von Tagespflegepersonen sowie Erzieherinnen und Erziehern und bessere Rahmenbedingungen für Ausbildung und Beruf in Kooperation mit Ländern, Kommunen und Verbänden. Wir werden darauf hinwirken, dass sich Bund und Länder auf gemeinsame Eckpunkte der frühkindlichen Bildung, insbesondere auch der Sprachförderung, einigen. Wir begrüßen eine freiwillige Zertifizierung der Einrichtungen bei wissenschaftlicher Begleitung. Um qualifiziertes Personal zu gewinnen, wird eine Verbesserung der Rahmenbedingungen angestrebt. Um die Attraktivität der Kindertagespflege zu erhöhen, wollen wir die Qualifikation der Tagespflegepersonen weiterentwickeln und schärfen. Die Anrechenbarkeit der erworbenen Qualifikation auf die Ausbildung in pädagogischen Berufen soll erreicht werden.“*

### **3.3.3. Bildungs- und Beratungseinrichtungen**

Eltern- und Familienbildung müssen künftig so selbstverständlich wie der Kindergartenbesuch werden. Familienbildung und –beratungsangebote müssen eine größere Zielgruppe als bisher erreichen. Deshalb müssen die Beratungsstellen werbend auf ihre Angebote aufmerksam machen. Die Mitarbeiter müssen besser qualifiziert und in

berufsbegleitenden Fortbildungen und Supervisionen weitergebildet werden. Eine bessere Vernetzung der bestehenden Angebote der Ehe- und Familienberatung ist sinnvoll. Die Medien sind gezielter für die Stärkung der Erziehungskompetenz zu nutzen, da über diese fast alle Eltern erreicht werden.

#### **3.3.4. Kommunen**

In den Kommunen sollen Familien aktiv in die Familienpolitik vor Ort einbezogen werden - wenn es um Kinderbetreuung, familiengerechte Gestaltung von Baugebieten und Wohnraumangeboten, verkehrsberuhigte Spielzonen, Familienberatung oder um Jugendförderung geht. Der direkte Kontakt zu den Familien ermöglicht, Konzepte besser zu erproben und umzusetzen.

Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser fördert das Miteinander und den Austausch der Generationen und schafft ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen. Diese Häuser bieten generationenübergreifend nachbarschaftliche Begegnung, familienorientierte Dienstleistungen, Förderung für Kinder und Beratungsangebote für Familien. In 500 Mehrgenerationenhäusern ist ein nachbarschaftliches Netzwerk entstanden mit 9.000 Angeboten für alle Altersgruppen, die vom offenen Nachbarschafts-Café über die Agentur für Dienstleistungen bis zur Kinderbetreuung reichen.

Aktualisierung: 26.08.11